

Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen der Kreisgerichte und Mitglieder der Schiedskommissionen - ein bedeutendes gesellschaftliches Ereignis

HANS-JOACHIM HEUSINGER, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister der Justiz

Die am 20. Mai 1979 stattfindenden Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen der Kreisgerichte und der Mitglieder der Schiedskommissionen. Diese enge inhaltliche Verbindung ist eine objektiv notwendige Erscheinung des sozialistischen Staates; sie entspricht der Erkenntnis, daß die staatliche Leitungstätigkeit entsprechend den wachsenden Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft weiter qualifiziert und ihre gesellschaftliche Wirksamkeit erhöht werden muß.¹

Die 30jährige erfolgreiche und kontinuierliche Entwicklung der DDR beweist anschaulich, daß die Werktätigen unseres sozialistischen Staates unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei historisch berufen, fähig und bereit sind, den vielfältigen, von den Maßstäben der Hauptaufgabe geprägten Anforderungen der staatlichen Leitung zu entsprechen.

Mit der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen 1979 wird diese historisch bewiesene Tatsache erneut bestätigt, und es werden Voraussetzungen geschaffen, um den erfolgreichen Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik konsequent fortzusetzen.

Kommunalwahlen und Wahl der Direktoren, Richter, Schöffen und Schiedskommissionsmitglieder bilden eine dialektische Einheit

Die Durchführung der Kommunalwahlen 1979 ist ein bedeutendes politisches Ereignis unseres Staates. In den Wochen und Monaten ihrer Vorbereitung wurde bereits überzeugend zum Ausdruck gebracht, daß sich die sozialistische Demokratie als die Hauptrichtung der Entwicklung des sozialistischen Staates zunehmend auf einer höheren Qualitätsstufe verwirklicht.

Keinesfalls handelt es sich hier aber um einen sich automatisch und im Selbstlauf vollziehenden Prozeß. Vielmehr ist die wirksam praktizierte sozialistische Demokratie ein hochkomplizierter Prozeß, in deren Mittelpunkt stets aktive, schöpferisch handelnde Menschen stehen. Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an den verschiedenen gesellschaftlichen Aufgaben zu wecken, ihre Erfahrungen aus der materiellen Produktion ideenreich und konsequent in die staatliche Leitung gesellschaftlicher Prozesse einfließen zu lassen, ihre Kritiken, Hinweise und Vorschläge gründlich zu prüfen und zu verarbeiten — das alles kennzeichnet die bei uns tagtäglich geübte Staatspraxis.

Dort, wo die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Klassen und Schichten ihre politische und ökonomische Macht frei von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung verwirklichen, wo damit jeder historisch überlebten Gesellschaftsordnung der Boden entzogen ist, entwickelt sich ein Staat, in dem sich die Souveränität des werktätigen Volkes voll verwirklicht. Dieser Prozeß ist eine historische Notwendigkeit. Deshalb müssen wir immer wieder davon ausgehen, daß die Vervollkommnung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft das bewußte Handeln der Werktätigen voraussetzt, sichert und fördert.

Die im 30. Jahr der Gründung der DDR stattfindenden Wahlen sind von wesentlichen Besonderheiten geprägt:

1. In allen Teilen der Bevölkerung ist das Vertrauen in die prinzipienfeste, erfolgreiche und kontinuierliche Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die damit verbundene Gewähr für soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Fortschritt weiter gewachsen.

2. Mit der planmäßigen Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik entstehen höhere Anforderungen an die komplexe staatliche Leitung. Damit verbunden ist ihre ständige, ununterbrochene Qualifizierung.

3. Die erfolgreiche Lösung der anspruchsvoller werdenden gesellschaftlichen Aufgaben bedingt die Umsetzung des verfassungsmäßig garantierten Rechts auf demokratische Mitwirkung auf qualitativ höherer Stufe. Die zunehmend breitere Einbeziehung von Werktätigen aller Klassen und Schichten in die Lösung gesellschaftlicher Fragen, die Umsetzung ihrer Erfahrungen und Kenntnisse in der sozialistischen Staatspraxis dokumentiert zugleich die dialektische Einheit von sozialistischem Staat und werktätigen Massen.

4. Die Werktätigen erleben mit der planmäßigen Realisierung des sozialpolitischen Programms, daß die Früchte ihrer eigenen Arbeit ihnen selbst zugute kommen. Das fördert ihre Bereitschaft zu weiteren Leistungssteigerungen in Beruf und Gesellschaft. Sie identifizieren sich damit zugleich mit der 30jährigen erfolgreichen Entwicklung unserer Republik und mit der Politik unseres Staates.

Der Wahlauftrag des Nationalrats der Nationalen Front der DDR vom 5. März 1979 vermittelt viele Anregungen für die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen. Insbesondere gibt er Hinweise zur schöpferischen Weiterentwicklung der Initiativen unserer -Bürger zur Erfüllung und gezielten Übererfüllung des Volkswirtschaftsplans für das Jahr 1979. Er gibt konkrete Orientierungen für die planmäßige Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen, zur Verschönerung unserer Städte und Gemeinden im Rahmen des „Mach mit [-Wettbewerbs, und er gibt schließlich Anregungen zur Weiterentwicklung unseres geistig-kulturellen Lebens.

Nutzen wir in der Wahlbewegung richtig die grundsätzlichen Aussagen des Wahlauftrags, verbinden wir sie organisch mit den produktionsbedingten und territorialen Besonderheiten, erläutern wir den Werktätigen mit Herz und Verstand die Politik unseres Staates und der SED, so schaffen wir ein hervorragendes Klima, die Hauptaufgabe in ihrer gesamten Komplexität zum Wohle aller Werktätigen schrittweise weiter zu lösen. Geht es doch vor allem „um die tiefgreifende Intensivierung der Produktion, um die schnellere Steigerung der Arbeitsproduktivität. Wir können auch künftig nur das verbrauchen, was vorher produziert worden ist. In entscheidendem Maße hängen unsere Ergebnisse ab von Fortschritten in Wissenschaft und Technik, von der sozialistischen Rationalisierung, der Einsparung an Arbeitszeit, Arbeitsplätzen und Arbeitskräften, vom ökonomischen Einsatz der Roh- und Brennstoffe und aller uns zu Gebote stehenden Ressourcen.“²

Darin eingeschlossen ist die Sicherung günstigster Bedingungen, unter denen die Werktätigen ihre Aktivitäten entwickeln und verwirklichen, so u. a. auch die Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit, die weitere Ent-